



Foto: Manfred Horvath

Ein Tag in Peregrina, 2004

Zwangsverpflichtung

Verordnete Deutschkurse für Kinder von MigrantInnen und deren Mütter? **Katharina Echsel** hat sich mit möglichen Motiven dieser Diskussion auseinandergesetzt.

Österreich hat in der neuen Pisa-Studie deutlich schlechter abgeschnitten als noch vor drei Jahren. Nun lässt sich natürlich über die Ergebnisse dieser Studie und deren Methodik trefflich streiten. Faktum ist allerdings: Diese Studie hat erneut heftige Diskussionen über die Mängel im österreichische Bildungssystem hervorgerufen.

Nichts Neues. Sehr schnell waren auch angeblich „Schuldige“ für die Pissam-

re gefunden: MigrantInnenkinder und deren Mütter. Und genauso flott hatte Schwarz-Blau eine einfache Lösung parat – Zwangsdeutschkurse. Nachdem zu Beginn des Jahres die Innenministerin Prokop für alle Vorschulkinder mit mangelnden Sprachkenntnissen Deutschkurse allerdings auf freiwilliger Basis gefordert hatte, griff Minister Hubert Gorbach den Gedanken auf und forderte verpflichtende Deutschkurse nicht nur für die Kinder, sondern auch deren Mütter. Letztlich könne „nur

eine Verpflichtung zum Besuch derartiger Kurse für MigrantInnenkinder und gleichzeitig deren Mütter zielführend sein“, meint Gorbach in einer Presseaussendung vom 8. Februar diesen Jahres.

Und das obwohl Wolfgang Schüssel und Hubert Gorbach als dafür Mitverantwortliche eigentlich wissen müssten, dass diese Verpflichtung zum Deutschlernen bereits mit der Integrationsvereinbarung eingeführt wurde. Danach ist schon jetzt ein Großteil der

seit 1998 zugewanderten Menschen unter Androhung der Ausweisung zum Besuch von Deutschkursen verpflichtet. Besonders empörend ist, dass selbst Schwangere und Mütter von Kleinstkindern von dieser Verpflichtung nicht ausgenommen sind, sie können höchstens einen Aufschub erwirken.

Kanadische Hochleistungen. Aber auch das hier überhaupt ein Zusammenhang hergestellt wird, scheint absurd. Denn schon ein kurzer Blick auf die Ergebnisse der Pisa-Studie selbst macht deutlich, dass es daran nun wirklich nicht gelegen haben kann, wenn Länder mit weitaus höherem MigrantInnen-Anteil, wie zum Beispiel Kanada, Australien, Frankreich, die Niederlande besser abschneiden als Österreich. So liegt etwa die Provinz Alberta in Kanada mit einem MigrantInnenanteil von 21 Prozent an der Gesamtbevölkerung, in Mathematik an erster Stelle; beim Lesen mit Pisa-SiegerIn Finnland gleich auf und in den Naturwissenschaften unter den ersten vier. Und das obwohl 13 Prozent der kanadischen Kinder zuhause nicht die Unterrichtssprache sprechen. In Österreich beträgt der Anteil dagegen neun Prozent.

Lernen unter Druck. Selbst für Menschen, die sich nur oberflächlich mit den Grundsätzen moderner Pädagogik auseinandergesetzt haben, müsste eigentlich erkennbar sein, dass ein Lernen unter Druck oder Zwang keine Lernerfolge bringen kann. PolitikerInnen sollten ebenso wissen, dass es wenig Sinn macht Fünfjährige alleine in eigene Sprachkurse zu stecken. Viel sinnvoller ist es, den Spracherwerb schon frühzeitig im Kindergarten zu fördern. Damit Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache gemeinsam mit Kindern mit deutscher Muttersprache spielerisch lernen können.

Welchen Sinn kann eine solche Forderung also haben? Möglicherweise handelt es sich einfach um ein Ablenkungsmanöver. Soll verschleiert werden, dass es mit dem österreichischen Bildungssystem schon seit längerem im Argen liegt? Dass manchmal der Eindruck entsteht, als sei das österreichische Schulsystem im 19. Jahrhundert steckengeblieben? Dass viel zu wenig in Bildung investiert wird? Denn

anstelle auszubauen und mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wurden gerade in letzter Zeit Planstellen für Begleit- und IntegrationslehrerInnen und Stunden für Förderungen abgebaut. So wurden im Schuljahr 2001/2002 die vorher bundeseinheitlichen Kontingente für den besonderen Förderunterricht in die Verantwortung der Länder übergeben und zugleich die Wochenstundenzahl für diesen Unterricht von zwölf auf zwei reduziert.

Xenophobie und Sexismus. Die Ablenkung von den eigentlichen Problemen im Bildungsbereich ist nur kurzfristig gelungen. Was bleibt ist allerdings ein bitterer Beigeschmack. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie leicht es hierzulande ist, mit Xenophobie zu punkten. In Österreich ist es einfach zu suggerieren, dass Mehrsprachigkeit nicht eine Bereicherung sondern eine Gefährdung darstellt. RegierungspolitikerInnen wollen offenbar vermitteln, dass das Bildungsniveau durch repressive AusländerInnenpolitik gehoben werden könnte.

Wohl kein Zufall, dass dieses Konzept natürlich auch in ein bürgerlich-konservatives Weltbild passt, in dem es darum geht, die Verantwortung für die Bildung unserer Kinder zu individualisieren, zu privatisieren und damit im Endeffekt den Staat – oder vielleicht auch nur dessen Etat – aus der Pflicht zu nehmen. Außerdem sind es wieder einmal dem patriarchalen Familienbild entsprechend nicht die Eltern gemeinsam, sondern nur die Mütter, die allein für die Erziehung und die Bildung der Kinder und scheinbare Mängel in dieser verantwortlich gemacht werden.

Integration oder Assimilation. Es ist aber auch noch etwas anderes, dass mit diesem Vorschlag mitschwingt. Integration wird zur Bringschuld von MigrantInnen. Nur wer ordentlich Deutsch lernt, kann integriert werden oder sich als integriert betrachten. Abgesehen davon, dass dies natürlich nicht für den Manager (!) irgendeines Großkonzernes gilt – der darf sich mit uns auch weiterhin auf Englisch unterhalten – wird hier ganz bewußt Integration mit Assimilation verwechselt. Indem der Fokus einzig und alleine auf das Erlernen der

deutschen Sprache gelegt wird, bleiben Integrationshindernisse ausgeblendet. So wird vielen MigrantInnen zur Zeit der Zugangs zum Arbeitsmarkt nicht gewährt. Sie werden vom Bezug von Sozialleistungen ausgeschlossen und finden mangelnde Aufstiegschancen am Arbeitsplatz vor. Politische Mitbestimmung wird ihnen weitgehend verweigert. MigrantInnen bleiben demnach von wesentlichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation ausgeschlossen. Das ist einfach. Und es ist auch billig.

Platz für Anderes. Es wird hier noch einmal ausführlich das Bild reproduziert, das schon im Zuge der Diskussion um die Integrationsvereinbarung gemalt wurde. Das Bild der Türkin, die seit zwanzig Jahren in Österreich lebt und immer noch nicht Deutsch gelernt hat. Ja, die gibt es, die kenne ich auch. Die wohnt im 16. Bezirk, Nähe Brunnenmarkt. Sie hat sich längst damit abgefunden, in dieser Gesellschaft nicht angenommen zu werden. Ihre Kinder haben auch ohne ihre Unterstützung Deutsch gelernt, in einer öffentlichen Schule. Sie selbst aber wird nicht mehr Deutsch lernen, auch wenn sie zwangsweise in einen, zwei oder auch fünf Deutschkurse gesteckt wird. Bedroht sie damit das österreichische Bildungssystem? Wohl kaum.

Natürlich bestreitet niemand, dass es notwendig und sinnvoll ist, wenn Menschen die Mehrheitssprache des Landes in dem sie leben beherrschen. Aber das wissen die davon betroffenen Menschen selbst gut genug. Das wissen auch die Frauen und Mütter, die bei Peregrina Deutschkurse besuchen.

Nicht umsonst sind unsere Kurse immer ausgebucht, nicht umsonst stehen regelmäßig zwei hundert Frauen auf unseren Wartelisten.

Umso ärgerlicher ist es, dass Organisationen wie Peregrina, die seit zwanzig Jahren leistbare und an den Bedürfnissen der Frauen orientierte Deutschkurse anbieten, jedes Jahr wieder auf Neue um die Finanzierung dieser Kurse kämpfen müssen. ■

Katharina Echsel, Juristin, ist Leiterin von Peregrina – Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen.

Verein Peregrina

www.peregrina.at

Spendenkonto: BAWAG, BLZ: 14.000,

Kontonr.: 02410 666 254